



EUROPABRIEF

Dr. Peter Jahr Hermann Winkler

Mitglieder des Europäischen Parlaments



Europabüros • Leipzig • Burgstädt • Bautzen • Chemnitz • Döbeln • Dresden • Plauen • Pirna • Zittau

Nr. 1 - Januar 2014

Liebe Leserinnen und Leser,

das neue (Wahl-)Jahr 2014 hat begonnen und verspricht gleichermaßen für Sachsen wie Europa ein spannendes zu werden.

Für fast alle politischen Ebenen werden Sie in diesem Jahr ihre Stimme abgeben - beginnend am 25. Mai mit der Kommunal- und Europawahl und noch einmal im August zur Landtagswahl.

Ein erster Schritt zur Vorbereitung auf die Wahlen ist bereits getan: Vergangenen Samstag stimmten in Dresden fast 200 Landesvertreter über die Europa- und Landtagslisten ab und bestätigten uns als Kandidaten für die Europawahl. Für die große Unterstützung aller Kreisverbände und Landesvertreter bedanken wir uns herzlich und freuen uns auf einen gemeinsamen Wahlkampf in den kommenden Monaten, um uns auch in der nächsten Legislaturperiode für unser Sachsen in Straßburg und Brüssel stark machen zu können.

Denn obwohl mit den Reformen der Agrar- und Regionalpolitik zwei für Sachsen wichtige Themen abgeschlossen werden konnten, steht in der Halbzeit der nächsten Legislaturperiode deren Bewertung an. Nicht nur dabei wollen wir sächsischen Interessen Gehör verschaffen.

Letzten Endes wird es aber vor allem auf eine starke konservative Stimme ankommen, um unser Europa nicht von links wie rechts zu gefährden, sondern wie bisher kritisch zu begleiten und dabei weiterzuentwickeln.

Wir wünschen Ihnen ein gesundes und erfülltes Jahr 2014 und senden Ihnen

herzliche Grüße aus Brüssel



SCHLAGLICHTER

1 Europa aktuell

EU-Regionalförderung:
Spezialisierung statt
Gießkanne

Lettland bekommt den
Euro

Europäisches Parlament
für verstärkte
Bekämpfung von
Lebensmittelbetrug

2 Standpunkt

Freizügigkeit für
Fachkräfte statt
Armutseinwanderung

3 Sachsen & Europa

Sächsische Termin-
vorschau

Impressum

Dr. Peter Jahr MdEP und Hermann Winkler MdEP

Europäisches Parlament, Rue Wiertz 60, 1047 Brüssel

Telefon: +32 228 47195 und +32 228 37306

www.peter-jahr.de und www.hermann-winkler.eu

E-Mail: peter.jahr@europarl.europa.eu und hermann.winkler@europarl.europa.eu

Bildnachweis: PHOTO © European Union

Europa aktuell

EU-Regionalförderung: Spezialisierung statt Gießkanne

Nahezu einstimmig ist das Europäische Parlament letzte Woche dem Berichterstatter Hermann Winkler gefolgt und hat sich für eine Stärkung der Regionen in der künftigen EU-Innovationspolitik ausgesprochen. "Die EU kann Innovation nicht vorschreiben. Aber wir können die Regionen unterstützen, innovativer zu werden", sagte der Berichterstatter Hermann Winkler. Um zukünftig Fördergelder für Forschung und Innovation aus der EU-Kohäsionspolitik zu bekommen, müssen die Regionen Innovationsstrategien vorlegen. Vor dem Hintergrund der Haushaltsengpässe muss sich besonders gut überlegt werden, wo Schwerpunkte bei der Förderung gesetzt werden sollten. „Jede Region hat ihre Stärken. Auf diesen Stärken gilt es aufzubauen und sich auf intelligente Art und Weise zu spezialisieren. Die Zeiten der Investitionen mit der Gießkanne sind vorbei.", so Hermann Winkler. Damit jede Region den bestmöglichen Mehrwert aus sich herausholen kann, bedarf es einer Analyse über die jeweiligen Potentiale. Dabei ist es besonders wichtig, auf eine parteiübergreifende Zusammenarbeit der politisch Verantwortlichen mit den Interessenvertretern wie Forschungseinrichtungen und KMUs zu setzen. Mit diesen Innovationsstrategien aus ganz Europa soll die Wettbewerbsfähigkeit der EU gestärkt werden. Der Bericht von Hermann Winkler ist eine Bestandsaufnahme, beleuchtet Herausforderungen und stellt Forderungen an die einzelnen Akteure. *Den Bericht finden Sie hier.*

Letland bekommt den EURO

Als 18. Mitgliedstaat ist Letland zum 1. Januar 2014 der Währungsunion beigetreten und hat somit seinen Lats gegen den Euro eingetauscht. Mit dem Beitritt werden auch 400 Millionen neue, zusätzliche Münzen in Umlauf gebracht. Wie jedes Euro-Mitglied hat auch Letland die Möglichkeit, die Rückseiten der Münzen frei zu gestalten. Auf den Ein- und Zwei-Eurostücken ist eine junge Frau in Bauertracht abgebildet. Dabei handelt es sich um die nationale Identifikationsfigur Milda, die für das Streben nach Freiheit, Unabhängigkeit und Eigenständigkeit steht.



Quelle: www.ezb.europa.eu

Europäisches Parlament für verstärkte Bekämpfung von Lebensmittelbetrug

Trotz der weltweit höchsten Sicherheitsstandards für Lebensmittel kommt es innerhalb der Europäischen Union immer wieder zu Skandalen. Betrugsfälle wie die Vermarktung von Pferde- als Rindfleisch oder die Etikettierung von Eiern aus Käfighaltung als Bio-Eier haben nicht nur verheerende Konsequenzen für Landwirte, sondern erschüttern und zerstören das Vertrauen der Verbraucher. Aus diesem Grund haben die Europa-Abgeordneten vergangene Woche in Straßburg einen Initiativbericht zu Lebensmittelbetrug angenommen. So soll es künftig verstärkte Kontrollen in den Mitgliedstaaten geben. Mehr Kontrollen für den Verbraucherschutz bedeuten aber auch mehr Vorschriften und Belastungen für Unternehmen. In diesem Spannungsfeld befinden wir uns in der gegenwärtigen Diskussion. Des Weiteren wurden eine verbesserte Überwachung von Tiefkühlprodukten und europaweit höhere sowie einheitliche Strafen für Lebensmittelbetrüger von den Abgeordneten gefordert. Fraglich bleibt aber, ob Forderungen wie die Einführung einer einheitlichen Definition für Betrug aufgrund unterschiedlicher nationaler Rechtssysteme oder eine verpflichtende Herkunftskennzeichnung tatsächlich zielführend sind. Letztlich wird es auch auf die Lebensmittelbranche selbst ankommen, die Behörden bei der Identifizierung von kriminellen Machenschaften zu unterstützen.

EUROPAWAHL 2014 - Handeln, Mitmachen, Bewegen

Am 25. Mai 2014 findet die Europawahl statt. Doch wie finden sich die Abgeordneten aus 28 EU-Staaten im Europäischen Parlament zusammen? Die Parlamentarier arbeiten nicht etwa nach nationaler Zugehörigkeit zusammen, sondern sind - wie in den einzelnen Mitgliedstaaten auch - in Partefamilien organisiert - auf Grundlage ihrer gemeinsamen Werte und Ziele. Insgesamt gibt es 13 europäische politische Parteien. Dabei schließen sich die Europaabgeordneten eines politischen Lagers zu einer Fraktion zusammen. Derzeit sind im Europäischen Parlament 7 Fraktionen vertreten. Die größte Fraktion, zu der auch die CDU/CSU-Gruppe gehört, ist die EVP-Fraktion (Europäische Volkspartei, christlich-konservativ) mit 274 Mitgliedern. Daneben gibt es unter anderem die S&D (Sozialisten), die ALDE (Liberale), die GRÜNE/EFA und die GUE/NGL (Linke). Zur Bildung einer Fraktion braucht es mindestens 25 Abgeordnete aus wenigstens einem Viertel der Mitgliedstaaten. Weitere Informationen rund um die Europawahl gibt es hier: <http://www.elections2014.eu>



Freizügigkeit für Fachkräfte statt Armutseinwanderung

„Sozialtourismus“ ist das Unwort des Jahres 2013 – und es fasst zusammen, was die deutschen Gemüter in den letzten Wochen bewegt. Ängste machten sich breit, als Städte und Kommunen sich zu Wort meldeten und über die zunehmende Belastung aufgrund ansteigender Armutseinwanderung aus den osteuropäischen Ländern klagten. Verschärft wurden die Befürchtungen durch Medienberichte, die EU fordere von Deutschland, den Zugang für EU-Ausländer zum Sozialsystem deutlich zu erleichtern. Angesichts dieser hitzigen, undurchsichtigen und emotional aufgeladenen Diskussion lohnt es sich, einen kühlen Kopf zu bewahren und einen nüchternen Blick auf die Fakten zu riskieren.

Das Recht auf Freizügigkeit ist ein Grundrecht aller Bürger in der Europäischen Union. Wir können unseren Wohnort frei wählen, in einem anderen EU-Land arbeiten und die Kinder zum Studieren nach Italien oder Spanien schicken. Und das ist auch gut so! Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und des Fachkräftebedarfs ist die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Deutschland eine unverzichtbare Errungenschaft. Dennoch ist die Besorgnis im Hinblick auf den möglichen Missbrauch der Freizügigkeit berechtigt.

Ein Blick in die europäischen Gesetzesbücher zeigt, dass es kein uneingeschränktes Grundrecht auf Freizügigkeit gibt. Vielmehr müssen EU-Ausländer innerhalb der ersten drei Monate eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung oder ausreichend Eigenmittel vorweisen, um in dem jeweiligen Land bleiben zu dürfen. Im Klartext: Im europäischen Recht sind Schutzklauseln eingebaut, um „Sozialtourismus“ zu unterbinden. Einen Anspruch auf Unterstützung zum Lebensunterhalt aus dem Sozialsystem gibt es laut europäischer Regelung nicht! So weit so gut. Doch sind die europäischen Gesetze nicht ganz widerspruchsfrei.

So gibt es gleichzeitig eine Richtlinie, welche die Diskriminierung von Unionsbürgern gegenüber Inländern verbietet. Warum sollte ein arbeitsuchender Deutscher Hartz IV bekommen und ein Franzose nicht, wenn doch beide dem deutschen Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen? Genau das hält die Kommission dem deutschen Recht nun vor. Auf Bitten Deutschlands liegt die Frage, ob der generelle Ausschluss von EU-Ausländern von Hartz IV mit dem EU-Recht vereinbar ist, nun zur Klärung beim Europäischen Gerichtshof vor. Unabhängig vom Urteil halte ich einen allgemeinen Anspruch auf Sozialleistungen für alle EU-Bürger in allen Mitgliedstaaten für gefährlich. Angesichts der unbestreitbaren Unterschiede zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten hinsichtlich ihrer Wirtschaftskraft und damit auch dem Leistungsniveau ihrer Sozialsysteme kann eine solche Regelung nicht funktionieren. Stattdessen setzt sie Anreize, aus den falschen Gründen von der Freizügigkeit Gebrauch zu machen und in andere Sozialsysteme einzuwandern. Dies würde den deutschen Staat und die Kommunen massiv überfordern und die Akzeptanz für die europäische Freizügigkeit in Frage stellen. Um dies zu verhindern, bin ich für Klarstellungen und Änderungen im nationalen sowie im EU-Recht. Darüber hinaus brauchen wir aber auch einen konsequenteren Verwaltungsvollzug, eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen Zoll und Behörden sowie die Bekämpfung von Scheinselbstständigkeit und Schwarzarbeit.

Anstelle von Armutseinwanderung brauchen wir Mobilität von Fachkräften. Zuwanderung darf kein einseitiger Prozess sein, sondern muss den Wandernden ebenso nützen wie dem Zielland. Wie die Zahlen zeigen, ist dies auch schon mehrheitlich der Fall. Zahlen belegen, dass der Prozentsatz der Einwanderer mit einem akademischen Abschluss höher ist als der Durchschnitt in der deutschen Bevölkerung - und genau diese Fachkräfte brauchen wir. So bleibt Freizügigkeit eine der großen Errungenschaften in der der Europäischen Union und es lohnt sich, diese zu verteidigen.



"Zuwanderung darf kein einseitiger Prozess sein, sondern muss den Wandernden ebenso nützen wie dem Zielland."

Hermann Winkler

Sachsen & Europa

Sächsische Köstlichkeiten auf der Internationalen Grünen Woche in Berlin



Hermann Winkler, MdEP, Veronika Lowke vom Sächsischen Landkreistag e.V., der "sächsische Engel" und Peter Dyroff (v.l.n.r.)
Foto: Medienkontor

Von den Rieser Teigwaren, über die Oederaner Fleischerei Richter bis hin zum Eibauer Bier aus der Oberlausitz - "Made in Saxony" steht für Produktqualität. Insgesamt 35 Aussteller aus Sachsen warben auf der weltgrößten Messe für Ernährung, Landwirtschaft und Gartenbau - der Internationalen Grünen Woche - in Berlin für den Freistaat. Hermann Winkler, MdEP, freute sich über die sächsische Präsenz, trägt sie doch dazu bei, die regionalen Produkte auch über die Ländergrenzen hinweg in Europa bekannt zu machen. Denn die Leistungsbilanz der "Grünen Berufe" ist nicht zu unterschätzen - die Land- und Ernährungswirtschaft ist mit 750.000 Unternehmen und 4,5 Millionen Beschäftigten in Deutschland eine unverzichtbare Stütze im ländlichen Raum. Für die sächsische Ernährungswirtschaft war 2013 das erfolgreichste Jahr seit 1990. In 370 Unternehmen sind derzeit 19 700 Mitarbeiter beschäftigt. Die Ernährungswirtschaft zählt in Sachsen zu den umsatzstärksten Bereichen des verarbeitenden Gewerbes.

Traditioneller Neujahrsempfang der CDU Vogtland

Auch beim diesjährigen Neujahrsempfang des CDU-Kreisverbandes Vogtland, der MIT Vogtland und des CDU-Stadtverbandes Plauen am 10. Januar war Dr. Peter Jahr zu Gast. Als Ehrengast begeisterte in diesem Jahr der neue CDU-Generalsekretär Dr. Peter Tauber mit einer erfrischend ehrlichen und lockeren Rede die Gäste in den Räumen der M&S Umweltprojekt GmbH. Das Unternehmen wurde vor 23 Jahren von 4 jungen Gesellschaftern gegründet und zählt heute 80 Mitarbeiter. "Genau das sind die Unternehmen, die Deutschland wirtschaftlich stark machen und innovative Ideen in die Tat umsetzen", freut sich Dr. Jahr während des Empfanges.



Frank Heidan MdL, Spitzenprinzessin Rica Maetzig, CDU-Generalsekretär Dr. Peter Tauber, Yvonne Magwas MdB, Dr. Peter Jahr und der Kreisvorsitzender der CDU-Vogtland Sören Voigt (v.l.n.r.).

SÄCHSISCHE TERMINVORSCHAU

Hier finden Sie eine Auswahl von Terminen, bei denen Sie uns antreffen können. Weitere Informationen erhalten Sie auf der Website oder auf Anfrage.

- 24.01.2014** Neujahrspresseessen mit den Abgeordneten des LK Mittelsachsen auf Einladung von Dr. Peter Jahr in Lichtenau
- 31.01.2014** Neujahrsempfang "Gemeinsam für Leipzig" und Verleihung der "Leipziger Lerche" mit Hermann Winkler
- 01.02.2014** Hermann Winkler beim 37. JU Landestag in Chemnitz
- 01.02.2014** Fachvortrag von Dr. Peter Jahr zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) beim Arbeitskreis Christliche Landwirte in Reudnitz
- 07.02.2014** Vortrag Hermann Winklers beim Neujahrsempfang des Wirtschaftsrates Deutschland – Landesverband Sachsen in Dresden
- 07.02.2014** Fachvortrag zur GAP von Dr. Peter Jahr bei der VR-Bank Mittelsachsen
- 07.02.2014** Fachvortrag zur GAP von Dr. Peter Jahr beim Genossenschaftsverband Thüringen-Sachsen e.V.
- 11.02.2014** Teilnahme von Hermann Winkler bei der feierlichen Eröffnung der neuen Porsche Macan Fabrik in Leipzig
- 14.02.2014** Fachvortrag von Dr. Peter Jahr zur GAP beim LfULG in Panschwitz-Kuckau

Sie möchten den Europabrief regelmäßig per E-Mail bekommen? Melden Sie sich an unter:
<http://www.hermann-winkler.de/de/buergerbrief/anmelde-formular>